

DAX geht fester aus dem Handel – EZB könnte OMT-Programm einsetzen – Fraport streicht Dividende

Autor: GodmodeTrader-Team, Redaktion | 25.03.2020 21:15 | Copyright BörseGo AG 2000–2020

Immer bestens informiert: Mit dem News-Flash auf Godmode-Trader.de haben Sie die wichtigsten Ereignisse des Tages auf einen Blick!

- **Bundestag** beschließt wegen Virus-Krise Nachtragshaushalt
- **BMW** macht größtes US-Werk dicht
- **USA**: Aufträge für langlebige Güter steigen überraschend
- **Spanien** meldet mehr Corona-Tote als China
- Nachfrageexplosion im deutschen **Handel**
- **ifo Geschäftsklimaindex** bricht ein
- **USA**: Einigung auf Konjunkturpaket
- Corona-Epidemie in **Italien**: Über 700 Tote an einem Tag
- **USA**: Die meisten neuen Corona-Infektionen in **New York**
- **E.ON** will Gewinn weiter steigern
- **Nike**: Trotz Corona mehr Umsatz
- **Amadeus Fire** setzt Dividende aus
- **Compugroup** bestätigt Prognose

DAX & Wall Street

- Die Aussicht auf eine baldige Abstimmung über ein zwei Billionen Dollar schweres Hilfspaket in den USA und ein Bericht, wonach die EZB ihr Anleihenkaufprogramm OMT zum unbegrenzten Aufkauf von Staatsanleihen von Krisenländern nutzen könnte, haben dem deutschen Aktienmarkt im späten Handel Auftrieb gegeben. Der DAX legte per Xetra-Schlusskurs um 1,79 Prozent auf 9.874,26 Punkte zu. Der Geschäftsklimaindex des ifo-Instituts ist unterdessen eingebrochen – in historischen Dimensionen. Wie ifo-Präsident Clemens Fuest heute zu den endgültigen Umfrageergebnissen sagte, "steht die deutsche Wirtschaft unter Schock". Der finale ifo-Index für März fiel auf 86,1 Punkte – von 96 Zählern im Februar. Dies sei der stärkste jemals gemessene Rückgang im wiedervereinigten Deutschland und der niedrigste Wert seit Juli 2009. Die Führungskräfte blickten deutlich pessimistischer auf ihre Lage und auf ihre Geschäftsaussichten. Das Weiße Haus und die Demokraten in Washington haben sich nach langen Verhandlungen auf ein billionenschweres Konjunkturpaket geeinigt, was die Kurse zuvor noch stark angetrieben hatte. Wie ein Marktbeobachter der comdirect erläuterte, werden die Kursbewegungen auch durch algorithmische Handelsprogramme befeuert und beschleunigt. Dadurch resultierten weiter starke Schwankungen am Aktienmarkt. Ein weiterer großer Abverkauf könnte noch bevorstehen.
- Der Dow Jones der heute um bis zu sechs Prozent angestiegen war, kam im späten Handel wieder zurück und ging mit einem deutlich geringeren Plus von 2,39 Prozent auf 21.200,55 Punkte aus dem Tag. Am Dienstag hatte der US-Leitindex in einer rasanten Erholung das erwartete Hilfspaket bereits überwiegend vorweg genommen und war um 11,4 Prozent angesprungen. Der S&P 500 legte um 1,15 Prozent auf 2.475,56 Punkte zu, der Nasdaq 100 indes drehte in die Verlustzone und gab um 1,11 Prozent auf 7.469,62 Punkte ab.

Chartanalysen & Artikel des Tages

- [Ist die Coronavirus-Krise viel schneller vorbei als gedacht?](#)
- [DAX-Tagesausblick: Großes Ziel bei 10000 in Reichweite!](#)
- [EUR/USD-Tagesausblick – Eingeklemmt](#)
- [DAX: Wer hat anscheinend doch eine Glaskugel für den Markt?](#)
- [Artikel mit Video: Profitiert SILBER vom GOLD-RUN/-Hype?](#)

Unternehmensnachrichten

- Der Flughafenbetreiber [Fraport](#) will wegen der Coronakrise nun doch keine Dividende für das vergangene Geschäftsjahr ausschütten. Statt einer Ausschüttung von zwei Euro je Aktie soll der Hauptversammlung nun eine vollständige Einbehaltung des Gewinns vorgeschlagen werden, wie Fraport am Mittwoch mitteilte. Der Ausblick für die Dividende für 2020 von ebenfalls zwei Euro wurde von Fraport zudem zurückgezogen.
- [Pfeiffer Vacuum](#) hat seine Prognose für das laufende Geschäftsjahr wegen der Coronavirus-Pandemie zurückgezogen. Die Dividende für 2019 soll zudem auf 1,25 Euro je Aktie gesenkt werden, nach 2,30 Euro je Aktie im Vorjahr.
- [BMW](#) wird sein größtes US-Werk in Spartanburg, South Carolina, vom 29. März bis zum 12. April schließen, wie CNBC berichtet. Grund sei die Coronavirus-Pandemie. Zuvorderst geht es um den Schutz der Belegschaft, darüber hinaus ist wegen entstandener Engpässe in den Lieferketten auch eine geordnete Produktion nicht mehr durchführbar.
- Der Sportartikelhersteller [Nike](#) hat im vergangenen Quartal (per Ende Februar) trotz erster Belastungen durch die Coronavirus-Krise seinen Umsatz kräftig um um fünf Prozent auf 10,1 Mrd. Dollar steigern können. Die Markterwartungen wurden damit deutlich übertroffen. Nike führte den Umsatzanstieg in erster Linie auf die hohe Nachfrage in Nordamerika und Europa zurück. Der chinesische Markt ist hingegen eingebrochen. Nikes Nettogewinn schrumpfte im Quartal um 23 % auf 847 Mio. Dollar.
- [Facebook](#) verzeichnet inmitten der Coronavirus-Pandemie sinkende Werbeumsätze. Dies sei vor allem in Ländern der Fall, die aggressive Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Lungenkrankheit ergriffen hätten, teilt das Unternehmen mit. Details zu den Einbußen nannte Facebook nicht.
- Während in der Coronakrise viele Händler um ihre Existenz kämpfen, kann der US Onlinedienstleister [Amazon](#) in Beschaffung und Logistik kaum die Nachfrage bedienen. Weltweit verschieben sich Marktanteile zu Amazons Gunsten, berichtet das „Handelsblatt“. Rufe nach dem Kartellamt werden laut. [Amazon-CEO Jeff Bezos](#) schrieb kürzlich in seinem Beitrag an die Mitarbeiter, dass man sich im Unternehmen aktuell darauf fokussiere, essentiell wichtige Produkte zu lagern und zu liefern – andere Waren nehme Amazon aktuell gar nicht in seinen Lagern an. Zu den wichtigen Produkten gehörten unter anderem Haushaltswaren, Desinfektionsmittel, Babynahrung und Sanitätsartikel.
- Die [Google](#)-Tochter [Youtube](#) wird die Bildqualität nun nicht nur in Europa, sondern auch im Rest der Welt drosseln, um in der Coronavirus-Krise die Netze zu entlasten. Bei Videos wird als Grundeinstellung die Standard-Auflösung statt HD voreingestellt, wie die Videoplattform mitteilte.
- Der Stahlhändler [Klößner & Co](#) kassiert wegen der Corona-Krise seinen erst vor gut zwei Wochen abgegebenen Ausblick wieder ein. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf Klößner ließen sich derzeit nicht verlässlich beziffern, hieß es. Für das erste Quartal 2020 rechnet Klößner mit einem um Sondereffekte bereinigten operativen Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) am unteren Ende der veröffentlichten Prognose von 20 bis 30 Mio. Euro.
- Der [TUI](#)-Konzern hat das Rückholprogramm für im Ausland feststeckende Urlauber bei den eigenen Kunden und Auftragsflügen für das Auswärtige Amt fast abgeschlossen. Binnen zehn Tagen habe die Konzernlinie Tuifly knapp 70.000 Menschen mit 350 Flügen in die Bundesrepublik gebracht. Zwischen 94 und 95 Prozent der wegen der Corona-Krise festsitzenden Touristen seien mittlerweile wieder in Deutschland, hieß es.
- Der israelische Fahrdienstvermittler [Gett](#) verlangt von [Volkswagen](#) laut einem Handelsblatt-Bericht einen hohen Schadensersatz wegen verletzter Vereinbarungen. Die Forderung belaufe sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag, berichtete das Blatt. Volkswagen hatte im Geschäftsbericht vergangene Woche schon angekündigt, sich dagegen wehren zu wollen. VW hatte sich 2016 an Gett mit 300 Mio. US-Dollar beteiligt, aber schon Monate danach mit Moia seinen eigenen Mobilitätsdienst gegründet. Ende 2018 schrieben die Wolfsburger die Investition in das Unternehmen ab.
- Der Energiekonzern [E.ON](#) will nach der [Innogy](#)-Übernahme seinen Gewinn im laufenden Jahr steigern. Das bereinigte operative Ergebnis (Ebit) soll auf 3,9 bis 4,1 Mrd. Euro zulegen nach 3,2 Mrd. in Vorjahr. Der bereinigte Konzernüberschuss soll von 1,5 auf 1,7 bis 1,9 Mrd. Euro klettern. Die Prognose für 2020 berücksichtigt die aktuellen Konjunkturreffekte allerdings noch nicht. Ein Unsicherheitsfaktor bleiben die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, wie Konzernchef Johannes Teyssen betonte. Er erwarte „sichtbare Auswirkungen“ auf die Bilanz. Der Energieverbrauch bei Industrie und Gewerbe gehe spürbar zurück. „Das wirkt sich – zeitlich befristet – auf Netze und Vertrieb aus.“ Bei Projekten etwa im

Bereich der Energieinfrastruktur könne es zu Verzögerungen kommen. Den für 2019 bereits bekannten Dividendenvorschlag von 46 Cent je Aktie bestätigte der Konzern.

- Der Immobilienkonzern [Deutsche Wohnen](#) treibt den Bau neuer Wohnungen auch außerhalb Berlins voran. Das Unternehmen habe sich mit dem Münchener Projektentwickler Isaria Wohnbau AG, einer Beteiligungsfirma des Finanzinvestors Lone Star, über den Erwerb einer Plattform für Projektentwicklungen geeinigt, teilte der Konzern am Mittwoch mit. Der Kaufpreis betrage 600 Millionen Euro, sagte ein Sprecher. Insgesamt sollen 2.700 Wohn- und Gewerbeeinheiten entstehen. Die Hälfte der Projekte würde sich in München befinden, der Rest in Hamburg, Stuttgart und Frankfurt.
- Der Verbindungstechnik-Spezialist [Norma](#) erwartet angesichts der Coronavirus-Krise negative Auswirkungen auf Umsatz und Ergebnis im laufenden Geschäftsjahr. Wegen der Coronavirus-Pandemie werde es zu Abweichungen der im Geschäftsbericht veröffentlichten Prognose kommen, teilte das Unternehmen mit. Die ursprüngliche Prognose eines Rückgangs des Umsatzes ohne Effekte aus Zukäufen und Währungsumrechnungen von rund zwei bis bis rund vier Prozent kann nicht erreicht werden. Auch die angestrebte bereinigte Marge des bereinigten Gewinns vor Zinsen, Steuern und Firmenwertabschreibungen (Ebita) von über 13 Prozent dürfte nicht geschafft werden.
- Der Hamburger Hafenbetreiber [HHLA](#) erwartet für das laufende Jahr – wie bereits bekannt – einen starken Ergebnisrückgang. „Wir werden daher mit Umsicht und Besonnenheit konsequent die Maßnahmen umsetzen, die notwendig sind, um die HHLA durch diese herausfordernde Zeit zu steuern.“ Eine genauere Prognose sei angesichts der unklaren Folgen der Coronavirus-Pandemie nicht verlässlich möglich, sagte Vorstandschefin Angela Titzrath. Containerumschlag und Transport dürften zumindest zeitweise stark zurückgehen. Die Ausschüttung für 2019 soll im Vergleich zum Vorjahr dennoch nur leicht von 80 auf 70 Cent sinken.
- Der IT-Anbieter [Compugroup Medical](#) bestätigt trotz der Coronavirus-Krise seine Jahresziele. Der Umsatz soll weiterhin auf 765 bis 815 (Vorjahr: 746) Mio. Euro steigen. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen soll zwischen 195 und 215 Mio. Euro liegen, nach 178 Mio. in 2019. Für das vergangene Jahr sollen die Anteilseigner trotz eines Gewinnrückgangs eine Dividende von 50 Cent je Aktie und damit auf dem Niveau des Vorjahres erhalten.
- Der Autovermieter [Sixt](#) geht für das Gesamtjahr 2020 vor dem Hintergrund der Coronavirus-Krise beim operativen Konzernumsatz von einem starken Rückgang gegenüber dem Vorjahr aus (ohne Berücksichtigung des nicht fortgeführten Geschäftsbereichs Leasing). Zugleich rechnet das Management mit einem deutlich positiven, wenn auch sehr stark unter dem Vorjahr liegenden Konzern-EBT (ohne Berücksichtigung des positiven Effekts aus dem geplanten Verkauf der Beteiligung an der Sixt Leasing SE). Sixt reagiert mit Kostensenkungen, verzögerten Investitionen und einer verkleinerten Flotte auf die Einschränkungen in Folge der Corona-Pandemie.
- Der Personaldienstleister [Amadeus Fire](#) wird mit Blick auf das Gesamtjahr zurückhaltender. Die ursprünglichen Ziele dürften in Folge der Corona-Krise nicht erreichbar sein, teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Für 2020 hatte sich Amadeus Fire eigentlich ein um rund 50 Prozent gesteigertes Ergebnis vorgenommen. Die finanziellen Auswirkungen auf das Jahr 2020 seien wegen der fortschreitenden Ausbreitung und der nicht absehbaren Dauer der Pandemie derzeit noch nicht quantifizierbar. Um besseren finanziellen Handlungsspielraum zu haben, will Amadeus Fire in diesem Jahr keine Dividende zahlen. Im Vorjahr hatten die Aktionäre noch 4,66 Euro erhalten

Konjunktur & Politik

- Die EZB ist Kreisen zufolge bereit, das bisher noch eingesetzte Anleihenkaufprogramm OMT, mit dem notfalls Anleihen von Krisenstaaten in unbegrenztem Volumen aufgekauft werden können, falls nötig zu nutzen. Dabei rechne man nicht mit Widerstand der Bundesbank, heißt es.
- Der **Bundestag** hat wegen der Coronakrise einen Nachtragshaushalt im Umfang von 156 Mrd. Euro beschlossen. Die Summe setzt sich zusammen aus zusätzlichen Ausgaben und erwarteten Steuerausfällen. Für den Etat ist eine Ausnahme von der gesetzlichen Schuldenbremse erforderlich. Zudem wurde ein Rettungsfonds für angeschlagene große Unternehmen beschlossen. Über einen "Wirtschaftsstabilisierungsfonds" sollen Firmen mit Kapital gestärkt werden können – der Staat soll sich notfalls wie in der Finanzkrise vor mehr als zehn Jahren auch an Unternehmen beteiligen können. Der Bundesrat muss allen Vorhaben am Freitag noch zustimmen.
- **Entwicklungsminister Gerd Müller** befürchtet in den ärmeren Staaten der Welt wegen der Corona-

Pandemie schwere Verwerfungen. „Die Corona-Epidemie trifft jetzt mit aller Härte auch die Entwicklungs- und Schwellenländer und wird neben den humanitären Folgen auch dramatische wirtschaftliche Auswirkungen haben. In den Entwicklungsländern sind bereits in den letzten zwei Monaten circa 70 Milliarden US-Dollar an Kapital abgeflossen“, so Müller. „Viele globale Lieferketten, wie beispielsweise bei Textil, drohen zusammenzubrechen. Millionen von Arbeitslosen ohne jegliche soziale Absicherung, Hunger, Not und Elend sind die Folge.“ Die von Weltbank und IWF als erste Maßnahmen angekündigten Hilfsprogramme seien ein wichtiger Schritt, den er unterstütze, sagte der Minister.

- Die Häuserpreise in den USA sind im Januar laut dem **FHFA-Hauspreisindex** zum Vormonat um 0,3 Prozent gestiegen, wie die Federal Housing Finance Agency (FHFA) am Mittwoch mitteilte. Analysten hatten mit einem Anstieg um 0,4 Prozent gerechnet. Die FHFA ist die Aufsichtsbehörde für die in der Finanzkrise verstaatlichten Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac.
- **Russland** verschiebt wegen der Corona-Pandemie die Abstimmung über die große Verfassungsänderung. Das kündigte Präsident Wladimir Putin am Mittwoch im russischen Fernsehen an. Einen Termin werde es später geben. Die Bevölkerung sollte ursprünglich am 22. April darüber entscheiden, ob die Verfassung erweiterte Machtbefugnisse für den Kremlchef vorsehen darf.
- Die **Beratungs- und Prüfungsgesellschaft EY** rechnet wegen der Coronavirus-Pandemie mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen bei den DAX-Konzernen in diesem Jahr. Bereits 2019 hätten viele der 30 Unternehmen auf die schwächere Konjunkturentwicklung reagiert und Kostensenkungsprogramme aufgelegt, sagte Mathieu Meyer, Mitglied der EY-Geschäftsführung Deutschland am Mittwoch. Im vergangenen Jahr schrumpfte der operative Gewinn der Konzerne nach EY-Daten insgesamt um fast 15 Prozent auf 105,6 Mrd. Euro. Der Umsatz – ohne Banken – stieg dagegen insgesamt um 6 Prozent auf 1,4 Bio. Euro.
- **FDP-Chef Christian Lindner** hat vor Folgen längerer Einschränkungen in der Corona-Krise gewarnt. Die jetzigen Beschränkungen seien verhältnismäßig, sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion am Mittwoch im Bundestag. „Der aktuelle Zustand widerspricht aber der menschlichen Natur.“ Er passe nicht zu einer offenen Gesellschaft, gefährde die Wirtschaft und auch den sozialen Frieden, „wenn schon in der allernächsten Zeit die Akzeptanz der Menschen sinken könnte“, mahnte Lindner. Der Zustand müsse deswegen „Schritt für Schritt, aber so schnell wie möglich“ überwunden werden.
- In den USA sind die **Aufträge für langlebige Wirtschaftsgüter** im Februar überraschend gegenüber dem Vormonat um 1,2 Prozent gestiegen, wie das US-Handelsministerium mitteilte. Analysten hatten dagegen einen starken Rückgang um 0,9 Prozent erwartet.
- Die **US-Regierung** hat sich mit dem Senat auf ein Hilfspaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Pandemie geeinigt. „Wir haben ein Abkommen“, sagte Pressesprecher Eric Ueland am Mittwoch. Verhandelt wurde seit Tagen über ein Paket, das einen Umfang von zwei Billionen Dollar haben soll.
- **US-Außenminister Mike Pompeo** kritisiert den Umgang Chinas mit dem Ausbruch des Coronavirus. Er behauptet, dass die Kommunistische Partei der Welt weiterhin Informationen vorenthalte, die benötigt würden, um den Virus aufzuhalten. Pompeo: „Meine Sorge ist, dass durch diese Vertuschung, diese Desinformation, der Welt immer noch die Informationen fehlen, die sie braucht, um weitere Fälle oder eine Wiederholung einer solchen Epidemie zu verhindern.“
- **US-Präsident Trump** hat **Südkorea** nach Angaben des Präsidentsamts in Seoul um die Lieferung medizinischer Ausrüstung für die Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs in den USA gebeten. Präsident Moon Jae In habe seine größtmögliche Unterstützung zugesagt, falls genügend Ausrüstung vorhanden sei.
- **US-Präsident Trump** will die USA wegen der Coronavirus-Krise nicht über lange Zeit stilllegen – aus Angst vor einer Rezession, die seine Wiederwahl gefährden könnte. „Wir müssen dieses Land öffnen“, sagte Trump dem Fernsehsender Fox News. „Wir müssen wieder an die Arbeit gehen.“ Er hoffe, dass die USA bis Ostern wieder im Normalbetrieb laufen könnten.
- **Alle Fraktionen im Bundestag** sicherten am Mittwoch ihre Unterstützung für das historische Hilfspaket der Bundesregierung in der Corona-Krise zu. Am Nachmittag will der Bundestag das beispiellose Maßnahmenbündel mit Unterstützung für Krankenhäuser, Unternehmen und den Lebensunterhalt der Bürger beschließen. Die nötigen Ausgaben könnten Bund und Länder nicht aus dem laufenden Haushalt stemmen, betonte Finanzminister Olaf Scholz am Mittwoch im Bundestag. Deshalb sollten Kredite von 156 Milliarden Euro aufgenommen werden. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat schnelle Hilfszahlungen zugesagt. „Es ist unser Ehrgeiz, dass vor dem 1. April die ersten Zahlungen bei den betroffenen Unternehmen ankommen und die Handlungsfähigkeit des Staates sich auch in dieser

schwierigen Situation bewährt", sagte der CDU-Politiker am Mittwoch im Bundestag während der Debatte über die Hilfspakete der Bundesregierung.

- **Nudeln, Klopapier und Desinfektionsmittel:** Die Corona-Krise führt auch dazu, dass der Handel in Deutschland in den vergangenen Wochen eine explodierende Nachfrage nach besonderen Artikelgruppen spürt. Wie aus aktuellen Zahlen des **Statistischen Bundesamts** von Mittwoch hervorgeht, kauften die Verbraucher in der vergangenen Woche mehr als vier mal so viel Seife und mehr als drei mal so viel Toilettenpapier wie im Durchschnitt der vorangegangenen sechs Monate. Die Statistiker stützten sich auf eine Auswertung digital verfügbarer Kassendaten. Bereits Ende Februar hatten sich die Verkaufszahlen für Mehl, Seife und Nudeln plötzlich mehr als verdoppelt. Die Nachfrage nach Desinfektionsmitteln stieg auf mehr als das Siebenfache, eine Woche später dann sogar auf mehr als das Achtfache des üblichen Niveaus. Danach brach der Absatz bei Desinfektionsmitteln allerdings wieder ein und lag zuletzt nur noch bei der Hälfte des Üblichen. Grund: Das Produkt war vorübergehend praktisch ausverkauft.
- In **Spanien** sind nach neuesten Zahlen 3.434 Menschen an der Corona-Virus-Infektion gestorben. Innerhalb eines Tages sei die Zahl der Toten um mehr als 700 gestiegen, teilte das Gesundheitsministerium in Madrid mit. Damit sind in Spanien jetzt mehr Menschen an der Lungenkrankheit gestorben als im Ursprungsland China. Nur in Italien liegt die Zahl mit mehr als 6.800 Toten noch höher. In Deutschland gibt es laut **Robert Koch-Institut (RKI)** bisher 149 Todesfälle. Doch RKI-Präsident Wieler sieht Deutschland erst am Anfang der Coronavirus-Epidemie.
- Die Stimmung in den deutschen Unternehmen hat sich im März außerordentlich verschlechtert. Der **ifo Geschäftsklimaindex** ist nach finaler Datenlage auf 86,1 Punkte eingebrochen, nach 96,0 Punkten im Februar. Dies ist der stärkste jemals gemessene Rückgang im wiedervereinigten Deutschland und der niedrigste Wert seit Juli 2009. Insbesondere die Erwartungen der Unternehmen verdüsterten sich wie nie zuvor. Auch die Einschätzungen zur aktuellen Lage sind deutlich gefallen. „Die deutsche Wirtschaft steht unter Schock“, kommentierte ifo Präsident Clemens Fuest.
- Der **Bundestag** entscheidet am heutigen Mittwoch im Eilverfahren über Milliardenhilfen für Unternehmen und Bürger im Zusammenhang mit der Corona-Krise. Es wird erwartet, dass auch die Opposition zu großen Teilen wegen der erheblichen wirtschaftlichen Folgen den Vorschlägen der Regierungsparteien zustimmen.
- Die **Europäische Zentralbank (EZB)** hat bereits damit begonnen, vermehrt Staatsanleihen zu erwerben – bereits vor dem Start des großen Corona-Rettungsprogramms. Das erweiterte Programm der EZB beinhaltet nun geplante Bondkäufe in Höhe von 1,1 Bio. Euro in diesem Jahr. So ein hohes jährliches Kaufvolumen hatte es noch nie gegeben, schreibt das „Handelsblatt“.
- In den **USA** ist das 2. Bio. US-Dollar schwere Konjunkturpaket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronavirus-Epidemie auf dem Weg. **Demokraten und Republikaner** haben sich im Kongress geeinigt, wie der führende Demokrat im Senat, Chuck Schumer, und der republikanische Mehrheitsführer, Mitch McConnell, am Mittwoch mitteilten. Zuletzt hatten die Demokraten die Pläne noch blockiert.
- Der **Reallohnindex in Deutschland** ist 2019 um durchschnittlich 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen, wie das Statistische Bundesamt nach endgültigen Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung am Mittwoch mitteilte. Der Reallohnindex bildet die Entwicklung der Nominallöhne unter Berücksichtigung der am Verbraucherpreisindex gemessenen Inflationsrate ab. Die Nominallöhne lagen im Jahr 2019 um 2,6 Prozent über dem Vorjahreswert, während sich die Verbraucherpreise um 1,4 Prozent erhöhten. Damit ergab sich keine Änderung gegenüber den am 12. Februar veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen.
- Die Ausbreitung des Coronavirus hatte im Januar noch keine Effekte auf die Neuaufträge im Bauhauptgewerbe: Der reale **Auftragseingang im Bauhauptgewerbe** war nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Berichtsmonat saison- und kalenderbereinigt um 2,6 Prozent höher als im Vormonat. Im weniger schwankungsanfälligen Dreimonatsvergleich stieg das reale Volumen der saison- und kalenderbereinigten Auftragseingänge von November 2019 bis Januar 2020 gegenüber August bis Oktober 2019 um 10,5 Prozent.
- In der Corona-Krise lässt die Stadt New York City etwa 300 Gefangene frei. Dabei handele es sich um Insassen, die für kleinere und nicht-gewalttätige Vergehen einsitzen und deren Haftstrafe in weniger als einem Jahr ablaufen würde, erklärte **New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio**. Dies sei eine Maßnahme, um die weitere Ausbreitung des Coronavirus auch in den Gefängnissen zu hemmen.
- In **Italien** sind wieder mehr als 700 Menschen innerhalb eines Tages in Folge der Corona-Pandemie

gestorben. Leichte Hoffnungen auf eine rasche Abflachung der Virus-Kurve wurde damit zunächst gedämpft. Insgesamt zählte der italienische Zivilschutz bisher 6.820 Todesopfer – das waren 743 mehr als am Vortag. Die **Regierung in Rom** hat die Strafen für Verstöße gegen die Ausgangsbeschränkungen deutlich erhöht. In einem Dekret heißt es, wer positiv auf das Coronavirus getestet sei und sich nicht an die Quarantäne-Auflage halte und die Wohnung verlasse, könne mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren bestraft werden. Für **Deutschland** hat die **Johns-Hopkins-Universität** aus den USA bis heute Morgen 32.991 Corona-Fälle und 159 Tote ermittelt. Das Robert-Koch-Institut kommt wegen einer anderen Zählweise auf niedrigere Werte.

- Rund 60 Prozent aller neuen Coronavirus-Fälle in den USA kommen aus dem **Großraum New York**. Das teilte US-Vizepräsident Pence mit. Die dortige Infektionsrate liege bei eins zu 1.000 – rund fünf bis zehn Mal höher als in dem ebenfalls schwer betroffenen Bundesstaat Washington an der Westküste. „Wir müssen New York City als Hochrisikogebiet betrachten“, sagte Pence.
- Die Lokführergewerkschaft GDL fordert, das Fahrtenangebot für Bahnreisende wegen der Corona-Krise einzugrenzen. Der **GDL-Vorsitzende Claus Weselsky** sagte der Deutschen Presseagentur, die Fahrgastzahlen seien deutlich gesunken. Deshalb sollte die Bahn jetzt Personalreserven bilden, um auch in den nächsten Wochen ein verlässliches Grundangebot aufrecht erhalten zu können.

Weitere Informationen zu den im Newsflash genannten Themen und noch mehr aktuelle Nachrichten finden Sie in Echtzeit auf [Guidants News](#). In Spitzenzeiten veröffentlicht Guidants News mehr als 100 Nachrichten pro Stunde. Damit Sie trotzdem den Überblick behalten, stehen Ihnen zahlreiche Filtermöglichkeiten zur Verfügung.

Risikohinweis & Haftungsausschluss gemäß § 15 und § 17 AGB BörseGo AG

§ 15 Haftung

15.1 Soweit Nutzer Inhalte in Diskussionsforen, sogenannten Streams, Chats oder Blogs einstellen und dort Ratschläge oder Anlagetipps erteilen, handelt es sich ausschließlich um von den betreffenden Nutzern verantwortete Inhalte. BörseGo stellt insofern lediglich das Medium technisch zur Verfügung und ist nicht für die Genauigkeit, Richtigkeit oder Verlässlichkeit dieser Inhalte verantwortlich. Insbesondere ist BörseGo nicht für Verluste oder Schäden haftbar, die dem Nutzer dadurch entstehen, dass dieser auf eine solche Information vertraut.

15.2 Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet BörseGo hierfür unabhängig von einer etwaigen Beteiligung nicht, soweit die Schäden durch eine zweckgemäße, regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

15.3 Im übrigen haften BörseGo, ihre gesetzlichen Vertreter und Erfüllungsgehilfen nur bei Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder bei Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (Kardinalpflichten), das heißt solcher Pflichten, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages überhaupt erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Nutzer regelmäßig vertrauen darf, und deren Verletzung auf der anderen Seite die Erreichung des Vertragszwecks gefährdet. BörseGo haftet weiterhin für Schäden, die aus dem Fehlen zugesicherter Eigenschaften beruhen, sowie für sonstige Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung von BörseGo, seiner gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen.

15.4 Bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten (vgl. Ziff. 15.3) haftet BörseGo nur auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden, wenn dieser einfach fahrlässig verursacht wurde, es sei denn, es handelt sich um Schadensersatzansprüche des Kunden aus einer Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

15.5 Weitergehende Ansprüche des Nutzers auf Schadensersatz sind ausgeschlossen. Die Vorschriften des Produkthaftungsgesetzes bleiben unberührt.

§ 17 Risikohinweis

Die Informationen und Services auf den Portalen von BörseGo wenden sich an registrierte sowie nichtregistrierte Nutzer. Die Angebote, die der Nutzer auf den Portalen von BörseGo findet, richten sich jedoch ausdrücklich nicht an Personen in Ländern, die das Vorhalten bzw. den Aufruf der darin eingestellten Inhalte untersagen, insbesondere nicht an US-Personen im Sinne der Regulation S des US Securities Act von 1933 sowie Internet-Nutzer in Großbritannien, Nordirland, Kanada und Japan. Jeder Nutzer ist selbst verantwortlich, sich über etwaige Beschränkungen vor Aufruf der Portale zu informieren und diese einzuhalten.

Insbesondere weist BörseGo hierbei auf die bei Geschäften mit Optionsscheinen, Derivaten und derivativen Finanzinstrumenten besonders hohen Risiken hin. Der Handel mit Optionsscheinen bzw. Derivaten ist ein Finanztermingeschäft. Den erheblichen Chancen stehen entsprechende Risiken gegenüber, die nicht nur einen Totalverlust des eingesetzten Kapitals, sondern darüber hinausgehende Verluste nach

sich ziehen können. Aus diesem Grund setzt diese Art von Geschäften vertiefte Kenntnisse im Bezug auf diese Finanzprodukte, die Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken und -strategien voraus.

Soweit BörseGo Börsen- oder Wirtschaftsinformationen, Kurse, Indizes, Preise, Nachrichten, Marktdaten sowie sonstige allgemeine Marktinformationen auf ihren Portalen bereitstellt, dienen diese nur zur Information und zur Unterstützung der selbstständigen Anlageentscheidung des Nutzers. Auch wenn BörseGo alle eingebundenen Informationen sorgsam überprüft, erhebt BörseGo keinen Anspruch auf inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität. Es obliegt dem Nutzer selbst, die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität dieser Daten zu überprüfen. Dies betrifft insbesondere, aber nicht ausschließlich, Kursdaten von Drittquellen. Die genannten Informationen stellen keine Aufforderung zum Kaufen, Halten oder Verkaufen von Wertpapieren und derivativen Finanzprodukten dar und begründen kein individuelles Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Sie sind keine Rechts-, Steuer- oder sonstige Beratung und können eine solche auch nicht ersetzen.

Bevor der Nutzer Investmententscheidungen trifft, sollte er sich sorgfältig über die Chancen und Risiken des Investments informiert haben. Aus einer positiven Wertentwicklung eines Finanzprodukts in der Vergangenheit kann keinesfalls auf zukünftige Erträge geschlossen werden. BörseGo übernimmt keine Haftung für die erteilten Informationen, die von BörseGo als vertrauenswürdig erachtet wurden, für bereitgestellte Handelsanregungen sowie für deren Vollständigkeit.

Leser sowie Teilnehmer an multimedialen Veranstaltungen wie Webinare, Online-Seminare, Seminare oder Vortragsveranstaltungen, die aufgrund der veröffentlichten Inhalte Anlageentscheidungen treffen bzw. Transaktionen durchführen, handeln in vollem Umfang auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko.

BörseGo übernimmt keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Eine Haftung von BörseGo für die Inhalte derartiger Internetseiten ist ausgeschlossen, soweit dies gesetzlich zulässig ist.

Stand: September 2019

Das Dokument mit Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere des Nachdrucks, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen sowie das Darstellen auf einer Website liegen, auch nur bei auszugsweiser Verwertung, bei der BörseGo AG. Alle Rechte vorbehalten.

www.boerse-go.ag © BörseGo AG

Aktiengesellschaft mit Sitz in München – Registergericht: Amtsgericht München – Register-Nr: HRB 169607 – Vorstand: Robert Abend, Christian Ehmig, Johannes Pfeuffer, Thomas Waibel – Aufsichtsratsvorsitzende: Dipl.-Kff. Jutta Hofbauer – Umsatzsteueridentifikationsnummer gemäß § 27a UStG: DE207240211

München, 2020